

Beschluss

## **Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: Der Grüne New Deal**

Die Art, wie wir wirtschaften, wird sich grundlegend ändern müssen. Diese Einsicht wird inzwischen selbst von konservativen Ökonomen geteilt und von der Europäischen Kommission vertreten. Nur folgt in der praktischen deutschen Politik daraus nichts.

Vier Jahre Finanzkrise zeigen uns, dass ein Wirtschaftsmodell, das auf gigantischen Schuldenbergen und massiven Ungleichgewichten aufbaut und in dem Unternehmen, Banken, ja ganze Staaten zum Spielball der Finanzmärkte werden, keine Zukunft hat. Die auf lange Sicht stark steigenden Rohstoffpreise zeigen uns, dass eine Ökonomie, die schludrig mit ihren natürlichen Grundlagen umgeht, keinen Bestand haben wird. Und die atomare Katastrophe in Fukushima und die immer drängender werdenden Mahnungen der Klimaforschung zeigen uns, wie wahnwitzig ein Wirtschaftssystem ist, das seine Energie nicht aus den Quellen bezieht, die im Überfluss vorhanden sind – Sonne, Wasser, Wind.

Die Art zu wirtschaften, die uns in die Krisen geführt hat, wird uns mit Sicherheit nicht aus der Krise herausführen. Wir brauchen einen neuen Aufbruch – für ein nachhaltiges Wirtschaften, für eine sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftsmodells.

### **Unsere Antwort ist der Grüne New Deal**

2008 haben wir GRÜNE im Angesicht der heraufziehenden Finanz- und Wirtschaftskrise einen Grünen New Deal eingefordert. Mit dem Grünen New Deal haben wir ein Konzept für die ökologische Transformation der Wirtschaft, die Neuregulierung der Finanzmärkte, für einen „neuen sozialen Ausgleich“ in der Gesellschaft und zur Bekämpfung der globalen Armut vorgeschlagen. Der Grüne New Deal ruht dazu auf drei miteinander zusammenhängenden Säulen. Die erste Säule zielt auf eine Neuregulierung der entfesselten Finanzmärkte und den Abbau ökonomischer Ungleichgewichte. Die zweite Säule nimmt den ökologisch-sozialen Umbau in den Blick - durch grüne Industriepolitik, den Ausbau erneuerbarer Energien und durch Investitionen in Klimaschutz und Bildung. Mit der dritten - der sozialen - Säule kämpfen wir für gute Arbeit, für mehr Verteilungsgerechtigkeit und für die Lösung sozialer Blockaden in unserer Gesellschaft.

Diese Politik ist heute, wo sich die Krise aufs neue zuspitzt, aktueller denn. Bewusst haben wir die Anlehnung an den New Deal Franklin D. Roosevelts und die Weltwirtschaftskrise der 1930er gewählt. Durch den sogenannten »New Deal« wurden die »Karten neu verteilt«, Einkommen und Vermögen wurde umverteilt, die krisengeschüttelten Menschen bekamen eine neue Chance und die Wirtschaft wurde auf ein neues Fundament gestellt.

### **Die Wachstumsfrage neu beantworten**

Hinter uns liegt eine Dekade, an deren Ende es der Mehrheit der Menschen nicht besser geht als an ihrem Anfang. Eine Dekade, in der allzu oft nicht Unternehmer- und Erfindergeist sondern

Spekulationserfolge und Finanzdeals für wirtschaftlichen Erfolg standen. Eine Dekade, in der der Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen immer schneller vorangeschritten ist.

Wer Wirtschaftspolitik immer bloß durch die Brille des Wirtschaftswachstums wahrnimmt, der ist blind für die ökologischen und sozialen Kosten unserer Wirtschaftsweise. Wir GRÜNE haben diese Brille nie getragen.

Mittlerweile findet selbst Angela Merkel es falsch, dass Wachstum alleine am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen wird und Nicholas Sarkzoy hat eine Arbeitsgruppe um die Nobelpreisträger Amathya Sen und Joseph Stiglitz damit beauftragt, alternative Indikatoren zum BIP zu entwickeln. Die Grüne Idee der Wachstumskritik ist hegemonial geworden. Wie wichtig und richtig das ist, zeigt eine im Auftrag der Schleswig-Holsteiner Grünen Landtagsfraktion erstellte Studie. Während das BIP in Deutschland in den letzten zehn Jahren kräftig gewachsen ist, hat die gesellschaftliche Wohlfahrt – gemessen als „grünes BIP“ – abgenommen.

Es ist deshalb Zeit, die Wachstumsfrage neu zu beantworten. Die blinde Jagd nach wirtschaftlichem Wachstum hat uns in die Krisen geführt und es ist klar, dass wir diesen Weg nicht einfach weitergehen können. Die ökologischen Grenzen unseres Planeten wären schnell erreicht. Aus der Perspektive der Wachstumsfrage geht es um nicht weniger als – vielleicht erstmals in der Menschheitsgeschichte – wirtschaftliches Wachstum absolut zu entkoppeln vom Verbrauch von Ressourcen, von ökologischen Gemeingütern, vom Ausstoß von Emissionen etc. Die Forderung nach einer absoluten Entkopplung trägt dabei der Erfahrung des Rebound-Effektes Rechnung, denn die relative Entkopplung nützt nichts, wenn Effizienzgewinne sofort durch „Mehrkonsum“ aufgeessen werden.

Doch ebenso klar ist, dass unser Wirtschaftssystem, unsere Sozialsysteme und unsere Gesellschaft bisher auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet sind. Wie groß die Abhängigkeit vom Wachstum ist, hat das Jahr 2009 gezeigt, als Wachstum in größerem Stil ausfiel: Die Einschnitte vor allem für die öffentlichen Haushalte aber auch für die sozialen Sicherungssysteme waren gravierend und nur schwer zu managen. Bei der Transformation der Wirtschaft muss deshalb die dauerhafte Finanzierung der öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme mitbedacht werden. Die Forschung über eine alternative Bemessungsgrundlage von Wohlstand zeigt auch, dass eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung nicht auf Wachstum verzichten muss. Es muss nur das richtige sein – ein nachhaltiges und sozial verträgliches Wachstum. Ganz unabhängig davon wäre es von Vorteil, die strukturelle Wachstumsabhängigkeit durch politische und ökonomische Reformen abzubauen. Das heißt nicht, dass wir ein Nullwachstum oder sogar eine Schrumpfung anstreben. Bestimmte Bereiche der Wirtschaft mit geringem Ressourcenverbrauch sollen wachsen, während andere schrumpfen müssen. Ein zwingend auf Wachstum aufbauendes Wirtschafts- und Sozialmodell legt die Politik von vornherein fest und lässt in Fragen der Nachhaltigkeit wenig Spielraum zum Umsteuern. Deshalb ist es notwendig, dass wir Wachstumswänge abbauen.

Mit dem Grünen New Deal packen wir das an. Eine Transformation unserer Wirtschaft ist kein Verlust, sondern eine Chance. Die ersten wichtigen Schritte wurden zur rot-grünen Regierungszeit unternommen. In den letzten zehn Jahren hat sich angekündigt, welche großen Chancen der Aufbruch in die ökologische Modernisierung der Wirtschaft bietet. Die Erneuerbaren Energien sind zum Wirtschafts- und Jobmotor geworden. Nachhaltiger Konsum ist kein Anliegen kleiner Minderheiten mehr. Und in vielen Unternehmen sind ökologische Innovationsprozesse im Gange.

### **Der Grüne New Deal geht nur europäisch**

Eine andere Form des Wirtschaftens lässt sich nicht allein national verwirklichen. Wir brauchen eine starke Europäische Union, die Klimaschutz, den ökologischen Umbau und eine soziale Er-

neuerung voranbringt. Für eine Transformation der Wirtschaft brauchen wir den Euro als gemeinsame Währung und ein wirtschaftlich wie politisch geeintes Europa.

Die politischen und wirtschaftlichen Kosten eines Scheiterns des Euro wären gerade für Deutschland enorm. Unsere Exportwirtschaft profitiert wie keine andere vom europäischen Binnenmarkt. Jeder einzelne europäische Mitgliedsstaat, egal wie groß oder klein, wird allein nicht im globalen Wettbewerb bestehen können. Die Europäer müssen gemeinsam handeln. Der Weg aus der Eurokrise fordert Zeit, Geld und Mut. Deshalb unterstützen wir Grüne die aktuellen Rettungsmaßnahmen für die Staaten in Notlage, und deshalb kämpfen wir für eine starke Europäische Wirtschafts- und Solidarunion, die die Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitiken verbindlich koordiniert, unterstützt und gegebenenfalls auch sanktioniert. Und deshalb denken wir bei unseren politischen Vorschlägen die europäische Perspektive konsequent mit.

Wir GRÜNE halten die massiven Ungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone für eine wesentliche Ursache der Krise. Der Abbau dieser Ungleichgewichte ist somit eine Grundvoraussetzung ihrer Lösung. Solange Griechenland weiter große Leistungsbilanzdefizite ausweist (Prognose 2012: 7% des BIP), wird sich das Land weiter verschulden. Der nun notwendige Weg, auch durch eine interne Abwertung, beispielsweise die Zurückhaltung bei Löhnen über einen längeren Zeitraum neue Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen, ist schwer. Dennoch müssen die Sparanstrengungen sozial verträglich ausgestaltet werden. Griechenland darf weder weiter in die Rezession gedrängt, noch dürfen die armen Menschen einseitig belastet werden. Daher sind weitere unterstützende Maßnahmen notwendig. Aber auch Deutschland kann und muss den Abbau der Ungleichgewichte unterstützen. Notwendig ist eine Stärkung der nationalen Binnen- nachfrage.

## **I. Der soziale und ökologische Umbau der Wirtschaft**

Der drängendste Grund, unser Wirtschaften zu ändern, ist der Klimawandel. Wenn es der Menschheit gelingen soll, die Erderwärmung auf unter 2°C zu begrenzen, dann müssen die Industrieländer über 90% ihrer Treibhausgas-Emissionen bis 2050 einsparen. Das heißt, dass wir unser Energie-, unser Wirtschafts- und unser Verkehrssystem beinahe vollständig von fossiler Energie entkoppeln müssen. Ob CO<sub>2</sub> in Deutschland, in China oder in den USA emittiert wird, ist der Atmosphäre völlig egal. Es braucht deshalb einen globalen Rahmen, der den Ausstoß von Klimagasen regelt. Doch an den Verhandlungen eines solchen Rahmens scheitert die Internationale Gemeinschaft in den letzten Jahren kläglich.

Mit Tatenlosigkeit auf dieses Stocken der internationalen Verhandlungen zu reagieren wäre falsch. Die Industrieländer haben, gerade in der Klimapolitik, eine historische Verantwortung, voranzugehen. Wir brauchen eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Das heißt nicht, den Kampf für ein internationales Klimaschutzabkommen aufzugeben. Ein solches ist und bleibt die richtige, ja die notwendige Antwort auf die globale Herausforderung des Klimawandels. Aber in der Abwesenheit eines solchen darf nicht Nichtstun die Agenda bestimmen. Europa muss als Vorreiterin im Klimaschutz auftreten und seine Ziele bei der Emissionsminderung bis 2020 unkonditioniert auf 30% erhöhen. Vor allem aber muss Europa Treiber beim Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare und auf Effizienztechnologien werden. Es ist damit zu rechnen, dass eine solche Politik in einer globalen Wirtschaft zur Verlagerung von emissionsintensiver Industrieproduktion in Länder wie beispielsweise China, Indonesien oder Indien führen wird. Hier müssen wir die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und bei einem solchen Effekt durch internationale Regulierung sowie Technologie-, Wissen-, und Finanztransfers zur CO<sub>2</sub>-Reduktion entgegensteuern. Langfristig entwickeln wir eine Politik, die sich an den Umweltauswirkungen der Produktionsketten einzelner Güter und nicht an Ländergrenzen orientiert. Ein erster

Schritt ist eine deutliche Verbesserung der Kohärenz zwischen den verschiedenen Ressorts der Bundesregierung.

Doch es geht nicht allein um den Klimawandel. Vielmehr stoßen wir an eine Vielzahl von ökologischen Grenzen: durch die Übernutzung von natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden, Wälder oder Fischbeständen oder die Übernutzung von endlichen Ressourcen wie fossile Rohstoffe (Öl, Gas, Teersande), Metalle oder Minerale. Die Anforderungen an ein ökologisches Umsteuern sind also enorm.

Für den Industriestandort Deutschland bedeutet dies große Herausforderungen, aber auch neue Betätigungsfelder. Die Bundesrepublik ist ein erfolgreiches Industrieland. Die deutsche Industrie ist international hoch wettbewerbsfähig. Die Wirtschaft hierzulande verfügt über einen breiten Produktionsmix, eine große Fertigungstiefe, technologische Vorsprünge, und eine gute Mischung aus flexiblen Kleinunternehmen, einem dynamischen und starken Mittelstand sowie global operierenden Konzernen. Grüne Politik will diesen Erfolg sichern, der durch Nichtstun gefährdet ist. Wir stehen vor der Aufgabe, jetzt konsequent die Transformation zu einer emissionsarmen und ressourcensparenden Wirtschaftsweise zu organisieren. Nur so können die Folgen des Klimawandels begrenzt werden. Und nur so kann Deutschland als Industrieland auch künftig im globalen Wettbewerb erfolgreich sein.

Was zu gewinnen ist, wenn man diesen Weg beschreitet, dafür gibt es mittlerweile viele Beispiele. Deutschland hat mit dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) frühzeitig diese neue Technologie gefördert. Heute exportieren die Hersteller von Windkraft-, Biogas- und Solaranlagen in die ganze Welt und bald 400.000 Menschen verdanken den Erneuerbaren Energien Arbeit und Lohn. Die japanischen Automobilhersteller hatten beim Hybrid-Auto die Nase vorn, während die deutsche Automobilindustrie hinterher hechelt.

Wir wollen jedoch den Blick nicht nur auf die Erneuerbaren Energien richten. Die chemische Industrie ist Teil der großen ökologischen Transformation, die Automobilindustrie, die Elektroindustrie das Handwerk und die Bauindustrie, die Werften, das Zusammenspiel zwischen Hochschulen und Unternehmen und viele mehr.

Wer auf den Weltmärkten der Zukunft präsent sein will, der muss heute mutig vorangehen. Unsere Wirtschaft bringt alle Voraussetzungen mit, um diese Herausforderung zu stemmen. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer wissen das. Sie sind viel weiter als die Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, für die Wirtschaft zu sprechen. Diese Unternehmerinnen und Unternehmer sehen wir als unsere Partner und die Verbände der Industrie und Wirtschaft, die sich mit uns auf den Weg machen wollen, ebenfalls. Wir sind uns sicher: Die deutsche Wirtschaft ist bereit, den ökologischen Umbau anzupacken. Auf diesem Weg wollen wir sie motivieren und an ihren Versprechen messen.

Beim Umbau geht es jedoch nicht allein um die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Wir nehmen ebenso die soziale Erneuerung in den Blick. Die Überwindung der sozialen Spaltung und die Verwirklichung der Teilhabe Aller ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit. Sie ist auch ökonomisch notwendig, um den Umbau hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem zu ermöglichen. Die massive Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen hat erheblich zur Aufblähung des Finanzsektors beigetragen und damit unser Wirtschaftssystem nicht nur ungerechter, sondern auch instabiler gemacht. Die makroökonomischen Ungleichgewichte in der Euro-Zone haben, wie sogar der Internationale Währungsfonds in seinem jüngsten Bericht kritisiert, eine ihrer Ursachen auch in der schwachen Binnennachfrage Deutschlands, eine direkte Folge des enorm wachsenden Niedriglohnssektors und der stagnierenden Löhne. Der Fachkräftemangel, der auf die deutsche Wirtschaft zukommt, hat seine Ursachen auch darin, dass unser Bildungssystem die Zukunftsperspektive von vielen Kindern verspielt statt sie zu fördern und

dass die Potenziale von Frauen, Migrantinnen und Migranten nicht ausreichend genutzt werden.

### **Ein ordnungspolitischer Rahmen für den ökologischen Umbau**

Der Klimawandel wurde von Sir Nicholas Stern zu Recht als größtes Marktversagen aller Zeiten beschrieben. Daraus folgt die Notwendigkeit, dass der Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaftsweise durch politische Vorgaben und Steuerung der Märkte vorangetrieben werden muss. Deshalb muss die Politik ökologische Leitplanken setzen – als Materialisierung der ökologischen Grenzen. Wir Grüne setzen dabei auf einen ökologischen Ordnungsrahmen und marktwirtschaftliche Instrumente wie den europäischen Emissionshandel, den wir in seiner Wirksamkeit stärken und verbessern wollen.

Die Transformation unserer Wirtschaft wird kein Projekt für einige wenige Jahre sein. Umso wichtiger sind verlässliche langfristige Ziele und Rahmensetzungen, die den Unternehmen Sicherheit bei ihren Innovations- und Investitionsentscheidungen geben. Deshalb wollen wir Grüne die notwendigen Klimaschutzziele - 40% Emissionsminderung bis 2020, 95% bis 2050 – verbindlich in einem Klimaschutzgesetz festschreiben und die Bundesregierung bei Abweichungen vom Zielpfad zu verstärkten Anstrengungen im Klimaschutz verpflichten. Dass nur wir als Grüne der Garant für einen klaren ordnungspolitischen Rahmen in Form eines Klimaschutzgesetzes sind, kann man derzeit in NRW beobachten. Gegen zunächst zahlreiche Widerstände in Politik und Wirtschaft konnte dort ein erstes Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht werden, dass verbindliche CO2 Reduktionsziele vorgibt.

### **Ökologische Finanzreform: Gegen falsche Preise vorgehen**

Die Idee der ökologischen Finanzreform ist einfach: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Wer umweltfreundlich produziert und konsumiert, soll weniger bezahlen als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen. Die ab 1999 eingeführten Ökosteuern auf Strom, Kraft- und Heizstoffe sind bis heute eines der erfolgreichsten Politikinstrumente, mit dem in Deutschland Energie- und Treibhausgase eingespart werden. Der in diesem Jahr erschienene zweite Nationale Energieeffizienz-Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland vergibt den zweiten Platz der wirksamsten Energieeinsparinstrumente an die ökologische Steuerreform. Nur Maßnahmen, die speziell im Gebäudebereich wirken, wird ein höherer Effekt auf die Energieeinsparungen bescheinigt.

So hat der Einstieg in eine systematische ökologische Finanzreform dazu geführt, dass tatsächlich sparsamere Autos gekauft wurden, der Fahrstil spritsparender wurde und öfter andere Verkehrsmittel als das Auto benutzt wurden, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nachweisen konnte.

Die ökologisch-soziale Ausgestaltung von Abgaben und Steuern gehört deshalb in den Instrumentenkasten einer erfolgreichen Umwelt- und Klimapolitik und ist ein Bestandteil des Green New Deal. Unser Ziel bleibt, den Anteil ökologischer Steuern am Gesamtsteueraufkommen zu erhöhen. In den letzten Jahren ist dieser jedoch sogar gesunken. Diesen Trend wollen wir umkehren.

Dabei gilt es konsequent, umweltschädliche Subventionen und Steuererleichterungen, etwa für Kraftstoffe, Strom und Heizenergie, abzubauen, aber auch die Vergabe- und Ausschreibungsbedingungen der öffentlichen Hand anzupassen. Das unsoziale Dienstwagenprivileg für große Spritfresser wollen wir so weit wie rechtlich möglich abschaffen. Die Kohlesubventionen wollen wir beenden und Ausnahmen bei den Förderabgaben auf alle heimischen Bodenschätze wie Kies, Sand, Braunkohle und Gas zurücknehmen.

Mit der ökologischen Finanzreform zahlen wir eine doppelte Dividende für Umwelt und Klima aus. Denn zum einen wird umwelt- und klimafreundliches Verhalten durch die Besteuerung von Energie und anderen Ressourcen belohnt. So wird unsere Wirtschaft fit für den Wandel gemacht: Studien der OECD und der EU belegen, dass ökologische Finanzreformen grüne Innovationen in Unternehmen fördern. Zum anderen entstehen im Haushalt Spielräume für die Förderung von grünen Wirtschaftszweigen, wie etwa der Gebäudesanierung, der Produktion von effizienten Maschinen, der ökologischen Landwirtschaft oder des öffentlichen Personenverkehrs. Mit der ökologischen Finanzreform fördern wir also zukunftsfähige Wertschöpfung in unserem Land, statt weiterhin Milliarden für den Import von Gas, Kohle und Öl auszugeben.

### **Umbau braucht Innovation**

Innovation, Forschung und Entwicklung werden beim ökologischen Umbau in jedem Sektor eine entscheidende Rolle spielen. Dieser Aufgabe müssen sich Wirtschaft und Staat stellen. Der Staat muss Ziele setzen, weniger bürokratisch agieren, vor allem umweltschädliche Subventionen abbauen und die Forschungslandschaft verbessern. Erhaltungssubventionen zerstören den marktwirtschaftlichen Erneuerungsmechanismus. Deswegen sollte es Subventionen nur als Anschubhilfe mit degressiver Ausgestaltung geben. Wir wissen auch, dass eine Preisgleichheit auf dem Markt noch keine Chancengleichheit darstellt. Neue Technologien müssen sich wirtschaftlich, politisch und teilweise kulturell durchsetzen. Unerlässlich ist hierbei auch eine stärkere Verbindung von Forschung und Anwendung.

Durch aktive regionale Netzwerke, in denen Unternehmen und Forschungsinstitutionen zusammenarbeiten, können insbesondere KMUs gestärkt und deren Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Der Staat muss Wissenstransfer von den Unis und Garagen in die Unternehmen erleichtern, Hürden zur Selbständigkeit abbauen und bei Bedarf dafür Sorge tragen, dass Innovationen nicht wegen fehlender Finanzierungsmöglichkeiten in der Sackgasse enden. Besonders in den Flächenländern mit einem breiten Mittelstand und wenigen Großkonzernen muss das innovative Potenzial des Mittelstands gehoben werden. Technologiezentren als Intermediäre im Technologietransfer können kleine Unternehmen durch eine stärkere Vernetzung mit der Wissenschaft dabei unterstützen, neue Technologien und Produkte zur Marktreife zu führen. Jedoch ist auch der Erhalt dieser Zentren häufig teuer und dauerhaft nicht alleine durch den Staat leistbar. Um bereits vorhandene Netzwerke nicht zu verlieren und auch universitären Ausgründungen eine Chance zu bieten, muss hier eine professionelle Begleitung dennoch sichergestellt werden. Durch professionelles Clustermanagement, einheitliche Ansprechpartner bei Genehmigungsbehörden für Gründer und in enger Kooperation mit Handelskammern kann preisgünstig Wissen verbreitet und Eingang in die Produktion finden.

### **Mehr Wettbewerb**

Grüne Politik will den Wettbewerb stärken. Wir wollen keine Banken, die "too big to fail" sind und ihre Verluste auf die Allgemeinheit abwälzen können oder Energiekonzerne, die mit ihrer Marktmacht die Energiewende ausbremsen. Mehr Wettbewerb ist dabei oft auch gut für die Verbraucher, da er zu sinkenden Preisen führt.

Deshalb brauchen wir scharfe Instrumente die zugunsten der KonsumentInnen greifen, wenn Machtkonzentration Wettbewerb verhindert und überzogene Rendite ermöglicht. Deshalb fordern wir ein Entflechtungsgesetz, das Marktmacht entgegenwirkt. Das Entflechtungsinstrument sollte vor politischer Einflussnahme gut abgeschirmt werden. Wir lehnen die geplanten Eingriffsmöglichkeiten der Regierung in den Entflechtungsprozess deshalb ab. Wir wollen zudem für eine bessere Ausstattung der Kartellbehörden sorgen.

Europäische Wirtschaftsstrukturen brauchen auch eine europäische Wettbewerbskontrolle. Die europäische Wettbewerbskontrolle hat bisher viel zu zurückhaltend agiert. Das Entstehen von

Oligopolen wurde kaum behindert. Wir sind daher für ein Europäisches Kartellamt. Außerdem fordern wir eine Umkehr der Beweislast bei Überschreiten der im europäischen Recht bereits vorhandenen Konzentrationsschwellen: Unternehmen in einem bereits oligopolisierten Markt müssten also beweisen, dass eine noch weitere Marktkonzentration unbedenklich ist. Zudem müssen Verbraucherverbände eine klare Rolle bei der Entscheidungsfindung dieses europäischen Kartellamtes haben.

Wir wollen, dass möglichst viele Menschen ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft einbringen können. Notwendig ist deshalb auch eine armutsfeste soziale Sicherung, die die Menschen nicht gängelt und einschränkt, sondern Kreativität freisetzt und Innovationen ermöglicht.

Unser Ziel ist daher eine Basissicherung, die ohne Sanktionen auskommt, und die stattdessen auf Motivation setzt und Freiräume schafft, so dass Menschen ihre Lebenspläne und -konzepte selbstbestimmt unter Einbringung eigener Anstrengung auch realisieren können.

### **KMUs stärken**

Dieser Weg aus den Krisen kann nur mit einem leistungsfähigen Mittelstand gegangen werden. Schwarz-gelb führt hingegen eine Politik fort, in der der Mittelstand nur ein Anhängsel der Großkonzerne ist. Das wird seiner besonderen Rolle jedoch nicht gerecht.

Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands beruht im Wesentlichen auf einem starken Mittelstand. Die mittelständische Wirtschaft war gerade auch in der entscheidenden Phase der Finanzkrise der wichtigste Stabilitätsanker. Deutschlands Wirtschaft wäre ohne seinen starken Mittelstand deutlich stärker geschrumpft, hätte mehr Arbeitslose zu verzeichnen gehabt und wäre nicht so schnell wieder auf den Wachstumspfad zurückgekommen. Eine Transformation der Wirtschaft muss Hand in Hand mit den kleinen und mittleren Unternehmen erfolgen.

Die Transformation der Wirtschaft kann nur gemeinsam mit dem Mittelstand gelingen. Und die Energiewende kann nur mit Hilfe des Handwerks gelingen. Eine innovative Industrie ist ohne bewegliche kleine und mittlere Zulieferer machtlos. So bilden die Industrie und der Mittelstand die zwei Seiten derselben Medaille. Für mittelständische Unternehmen bedeutet der industrielle Strukturwandel, dass sie sich den Herausforderungen der ökologischen Modernisierung jeweils selbst stellen müssen, um den kommenden Veränderungen gerecht zu werden.

Wir dürfen die Unternehmen auf dem Pfad in ein energie- und ressourcensparendes Wirtschaften nicht in Auflagen ersticken, sondern wollen den Weg gemeinsam mit Ihnen gehen. Die Politik muss dabei ökologische Rahmenbedingungen für Investitionsziele setzen, innerhalb derer die Unternehmen selbst Spielraum für Kreativität und Innovationen behalten müssen. Eine steigende Energie- und Rohstoffeffizienz bedeutet für die Unternehmen in erster Linie Kostenersparnis und ist insofern ihr eigenes Interesse. Außerdem hat sich gezeigt, dass sich eine gute Eigenkapitalausstattung wesentlich auf die Energiesparmaßnahmen in Unternehmen auswirkt.

35.000 fehlende Ingenieure und Ingenieurinnen gefährden schon heute die Entwicklung neuer und innovativer Produktionsweisen. Dem Fachkräftemangel müssen wir auf allen Ebenen entgegenwirken. Zu diesem Zweck müssen wir die jungen Menschen gut auf die Ausbildung vorbereiten, um sie dadurch in die Lage zu versetzen, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Zudem gilt es, die Leistungsfähigkeit der dualen Ausbildung sicher zu stellen, da diese ein wichtiger Schlüssel zur Sicherung der Fachkräfte darstellt. Zudem bedarf es der Unterstützung der Unternehmen beim Ausbau der berufsbezogenen und betrieblichen Weiterbildung. Als ein Bestandteil moderner Einwanderungspolitik wollen wir auch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte spürbar erleichtern. Wir wollen jedoch nicht, dass der Zuzug von Fachkräften nach Deutschland zu Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunftsstaaten geht.

## Grüne Instrumente:

- Weil sie bei der Forschung zu wenig Unterstützung erfahren, wollen wir die Forschung Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steuerlich fördern.
- Wir glauben, dass die degressive Abschreibung ein geeignetes Mittel zur kurzfristigen Investitionsanregung gegen konjunkturelle Schwächephasen sein kann. Die Maßnahme müsste zeitlich begrenzt sein und an ökologische Standards gekoppelt werden, um nachhaltig zu sein. Veränderte Abschreibungsregeln bedeuten für den Staat keine Einnahmeausfälle, sondern lediglich eine Verschiebung der Steuereinnahmen auf einen späteren Zeitpunkt.
- Wir wollen den Strukturwandel der Unternehmen erleichtern. Wir Grüne wollen Zutrittsbarrieren senken, mehr Unternehmensgründungen erreichen und den Mut zur Selbständigkeit stärker fördern. Ein besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Situation von Frauen sowie Migrantinnen und Migranten, die noch immer mit höheren Barrieren zu kämpfen haben und bei Kreditkonditionen benachteiligt werden. Einheitliche Ansprechpartner bei Genehmigungsbehörden oder Gründerzentren, Gründermessen und Starthilfe bei Markteintritt durch gute Beratung zeigen Erfolg und weisen Wege.
- Wir wollen eine Cluster- und Netzwerkförderung als Teil einer Innovationsförderung von Unternehmen. Dabei soll sowohl die Entwicklung von neuen Produkten oder Verfahren gefördert werden. Durch Unterstützung beim Clustermanagement oder durch die Bezuschussung von z. B. Forschungsaufträgen, Machbarkeitsstudien und Marktanalysen können Projekte auf deren potentiellen Innovationserfolg hin untersucht werden.
- Mit einer integrierten Förderung für ländliche Räume stärken wir dort ansässige, kleine Unternehmen, indem wir ihr Unternehmensfeld und ihre Marktchancen verbessern und Existenzgründungen und Unternehmensentwicklungen direkt unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass der fondsübergreifende Programmansatz in der neuen EU-Strukturförderung nach unten gegeben wird und auch die lokalen Ebenen davon profitieren. Damit könnten ergänzend zum EU-Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) auch der Regionalfonds (ERDF) und der Sozialfonds (ERDF) im ländlichen Raum eingesetzt werden. Wir wollen diese neuen Möglichkeiten durch Förderprogramme für kleine Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft nutzen. Gerade durch revolvingierende Fonds, welche die neue EU-Strukturförderung zulässt und deren Ressourcen aus den Erlösen der damit finanzierten Projekte aufgefüllt werden, können mit an die Situation der Unternehmen und Gründerinnen und Gründer angepassten Mikrokrediten alternative Finanzhilfen zu den marktüblichen Krediten geschaffen werden.
- Das Zusammenführen mit Risikokapitalgebern sollte auch begleitet werden, um Gefahrenabwehr vor Übernahmen zum Zeitpunkt des Erreichens der Wirtschaftlichkeitsgrenze zu betreiben. Stille Beteiligungen stellen im Sinne staatlicher Transparenz kein geeignetes Mittel dar.
- Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der ursprünglichen gesetzlichen Bestimmungen zur Gewährung des Gründungszuschusses aus Arbeitslosigkeit ein und wollen damit die Erfolgsquote dieses Instruments weiter erhöhen.

## Der Blaumann wird grün

Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liegt trotz der Entwicklung zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nach wie vor bei 24 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und setzt mit 6 Millionen Beschäftigten jährlich mehr als 1.600 Mrd. € um. Die industrielle Produktion ist ein Fundament der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands.



Der Umbau zu einer kohlenstoffarmen, ressourcenschonenden Wirtschaftsweise muss besonders die industriellen Strukturen einbeziehen. Hier entstehen noch immer ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen, hier liegen noch große Potenziale für Energieeinsparungen und Effizienzsteigerungen. Dieser Umbauprozess bedeutet nicht weniger als eine dritte industrielle Revolution. Die erste industrielle Revolution brachte den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Die zweite industrielle Revolution intensiviert und mechanisierte die Produktion. Heute ist es Zeit für eine dritte industrielle Revolution, die den Menschen, die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt.

Grüne Industriepolitik heißt den ökologischen Umbau der produktiven Wirtschaft zu gestalten, nicht den Bestand zu bewahren. Wir setzen nicht auf die Zementierung alter Strukturen, sondern wollen die Wirtschaft in allen Branchen zukunftstauglich machen. Zu den grünen Grundwerten gehört Toleranz und Offenheit für soziale Veränderung. Wir sind überzeugt, dass wenn Ideen und Menschen aus unterschiedlichen Nationen, unterschiedlichen Geschlechts und unterschiedlichen Altersstufen zusammenkommen, die großen Herausforderungen besser bewältigt werden können. Nicht umsonst werben bereits heute viele einheimische Unternehmen mit ihren Diversity-Konzepten als Beleg unternehmerischen Erfolgs.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Dazu muss die Politik eine übergreifende Transformationsstrategie entwickeln, die dem Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter mitnimmt. Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Durch einen Mix aus Ordnungsrecht (z.B. verschärfte CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkw), marktnahen Instrumenten (z.B. Emissionshandel) und Förderprogramme (z.B. Energie-sparfonds) setzen wir den Rahmen für den Wettbewerb um die beste ökologische Lösung. Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Eine Aufteilung in gute und schlechte Industrien macht - mal abgesehen von der Atom- und Rüstungsindustrie - keinen Sinn. Wir wollen der Industrieproduktion Impulse geben sich insgesamt unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten zu erneuern und zukunftsweisende Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare Energien-, der Automobil-, der Chemieindustrie oder dem produzierenden Gewerbe.

## **Schlüsselbranchen für den Umbau**

### ***Grüne Chemie***

In wenigen Bereichen bündeln sich die Herausforderungen vor denen wir stehen so deutlich wie in der Chemieindustrie. Wenn wir eine Transformation der Wirtschaft mit Hilfe aller Branchen erreichen wollen, ist die Chemie als eine der wichtigsten Schlüsselbranchen unverzichtbar. Sie steht als ressourcenintensive Industrie vor der Herausforderung, ihre Abhängigkeit vom Öl und anderen Grundstoffen mit modernen Produktionsverfahren und Technologien zu mindern. Im Falle der Agrogentechnik hat sie sich mit erheblichem Mittelaufwand in eine gesellschaftliche Sackgasse manövriert, aus der sie sich endlich durch die Aufgabe dieses Geschäftsfelds befreien muss. Andererseits können Verfahren und Produkte der chemischen Industrie auch erheblich zu Ressourceneffizienz und Klimaschutz beitragen. Die verstärkte Nachfrage nach Dämmstoffen für die energetische Gebäudesanierung und die wirtschaftlichen Potenziale von Bioraffinerien sind Beispiele für die Chancen, die ein konsequenter Klimaschutz der Chemie eröffnet.

Grüne Instrumente:

- Um der Chemiebranche die notwendige Entwicklung "weg vom Öl" zu erleichtern, wollen wir u.a. die steuerliche Bevorzugung der stofflichen Nutzung von Erdöl abschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit von biobasierten Produkten durch gezielte Markteinführungsprogramme verbessern.

- Wir wollen die Material- und Ressourceneffizienz in der chemischen Industrie weiter voranbringe. Das gilt auch für vielversprechende Ansätze wie Chemie-Leasing, also die Bereitstellung von Chemikalien samt Know-How, wie sie effizient zu verwenden sind, außerdem auf ihre Sicherheit hin überprüfte Nanotechnologien oder die Biomasse-Kaskadennutzung.
- Wir wollen die Chemikalienverordnung REACH weiterentwickeln, mehr Transparenz schaffen und so Chemikaliensicherheit zu einem noch wichtigeren Wettbewerbskriterium machen.

### ***Green Car***

Die deutsche Automobilindustrie hat Vorgaben zur Entwicklung klimafreundlicher Fahrzeuge jahrelang aktiv blockiert und technologische Trends wie den Hybridantrieb verschlafen. Doch der Klimawandel einerseits und die schwindenden fossilen Rohstoffe andererseits geben die Richtung vor. Nur eine grüne Automobilindustrie hat eine Zukunft. In der Elektrifizierung des Antriebs mit grünem Strom – in seinen unterschiedlichen Technologien – und in seiner Vernetzung aus erneuerbaren Energien liegt die Zukunft des Autos. Dieser Herausforderung müssen sich die Automobilkonzerne und die Zulieferer stellen. Doch die Verkehrswende braucht mehr als das grüne Auto – sie braucht weniger Autos. Die Förderung und der Ausbau des Schienenverkehrs, die Vernetzung des Autos mit anderen Verkehrsmitteln und dem Öffentlichem Personennahverkehr können die Notwendigkeit eines eigenen PKWs für die individuelle Mobilität reduzieren, Mobilität zugänglicher und Städte lebenswerter machen.

Grüne Instrumente:

- Mit strikten europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten wollen wir technikneutrale Anreize für effizientere, klimaverträglichere Autos setzen. Der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Wert soll bis 2020 auf 80 Gramm pro Kilometer abgesenkt sein und in den kommenden Jahrzehnten schrittweise auf Null gebracht werden. Außerdem wollen wir angelehnt an den Vorschlag der EU-Kommission, die Besteuerung von Kraftstoffen schrittweise nach CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Energiegehalt ausrichten.
- Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket zur Förderung der CO<sub>2</sub>-neutralen Mobilität wollen wir die Automobilindustrie dabei unterstützen, solche Autos marktauglich zu machen. Dazu gehören Benutzervorteile im Straßenverkehr (z.B. bei Befahrung von Umweltzonen), Kaufanreize durch ein Bonus-Malus-Prämiensystem und eine CO<sub>2</sub>-orientierte Reform der Kfz-Steuer.
- Mit einem Tempolimit auf Autobahnen wollen wir den Wettbewerb um immer größere, schnellere Autos beenden. Die Zukunft des Autos muss leichter und spritsparender sein.
- Wir wollen die Speicherkapazität der Elektromobilität für ein intelligentes Lastmanagement im Rahmen der Energiewende nutzen und die Förderinstrumente darauf ausrichten.

### ***Grün Produzieren***

Ein weiteres Schwergewicht der deutschen Industrielandschaft ist die klassische Produktion, also die Herstellung von Konsumgütern, Maschinen und Anlagen. Unsere Grüne Vision ist die einer energieeffizienten Kreislaufwirtschaft, die nicht Produkte herstellt, die nach einmaliger Verwendung auf dem Müll landen, sondern die schon bei der Herstellung von Produkten auf ihre Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit achtet.

Grüne Instrumente:

- Mit einer grünen Rohstoffstrategie wollen wir das Recycling und die Substitution strategisch wichtiger Rohstoffe fördern.

- Wenn es günstiger ist, Rohstoffe frisch aus der Erde zu holen, anstatt sie zu recyceln, sind die Anreize falsch gesetzt. Mit dem Einstieg in die Ressourcenbesteuerung, etwa durch eine umweltorientierte Reform der Förderabgaben, möchten wir erreichen, dass sich Recycling mehr lohnt.
- Mit Ökodesignvorschriften und Forschungsförderung wollen wir eine abfallarme, reparaturfähige und langlebige Produktgestaltung erreichen und die Wiederverwendbarkeit steigern.
- Mit der Stärkung der Produktverantwortung und der Einführung von deutlich wirksamerer Produkthaftung durch die Hersteller, der Förderung von Mehrwegsystemen und Secondhand-Netzwerken wollen wir die Kreislaufwirtschaft in Gang setzen und die Abfallvermeidung fördern.

### ***Erneuerbare Energien und Energieeffizienz***

Das wichtigste industrie- und wirtschaftspolitische Ziel der nächsten zwei Jahrzehnte ist für uns der völlige Umstieg auf Erneuerbare Energien. Mit bald 400.000 Arbeitsplätzen in Deutschland und Investitionen von fast 30 Mrd. Euro im Jahr sind die erneuerbaren Energien beispielhaft für die wirtschaftlichen Chancen der großen Transformation. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte fortschreiben. Eine ökonomisch wie ökologisch ähnlich große Bedeutung wie den erneuerbaren Energien kann auch der Energieeffizienz zukommen. Ökonomen sehen hier einen bisher kaum erschlossenen Zukunftsmarkt mit großen Potenzialen. Diese Potenziale wollen wir mit einer konsequenten Politik für Energieeffizienz und –einsparung heben.

Grüne Instrumente:

- Wir setzen dabei auf eine Fortschreibung des EEG, um einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen für die Investitionen in Wind, Sonne & Co. sicherzustellen, auf ein verbessertes Erneuerbare Energien Wärmegesetz und auf eine Forschungsoffensive für erneuerbare Energien, Energiespeicher und intelligente Netze statt weiter Milliarden in der Atomforschung zu verpulvern.
- Da die Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien keine rein nationale, sondern eine europäische und internationale Aufgabe ist, streben wir auf Ebene der EU und mit den Nachbarn der EU eine großräumige Vernetzung der dezentralen Stromversorgung und Speicher an, um eine umwelt- und sozialverträgliche, sichere und kostengünstige Stromversorgung zu erreichen.
- Den Markt für Effizienztechnik und Energiedienstleistungen wollen wir mithilfe eines öffentlichen Energiesparfonds, verbindlicher Einsparvorgaben für Energieversorger und dynamischer Effizienzstandards für elektrische Geräte (Top Runner-Modell) ankurbeln. Dazu gehört auch die Unterstützung einer ehrgeizigen Energiesparrichtlinie auf EU-Ebene.

### ***Bauwirtschaft***

Energetische Gebäudesanierung ist eine der effektivsten Maßnahme für Klimaschutz und Energieeinsparung. Obwohl die Sanierung noch viel zu langsam voran kommt, gibt sie rund 200.000 Arbeitnehmern Beschäftigung. Eine Erhöhung der Sanierungsquote von derzeit unter 1% auf 3% im Jahr, wie wir Grüne sie fordern, würde Hunderttausende zusätzliche Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und im Handwerk schaffen, denn jeder Euro aus öffentlichen Mitteln zieht 7-8 Euro zusätzliche private Investitionen nach sich.

Grüne Instrumente:

- Schärfere Anforderungen an die Energieeffizienz von Neubauten (Passivhausstandard) und Sanierungen.
- Aufstockung des KfW-Programms zur Gebäudesanierung auf 2 Mrd. € im Jahr.

- Gezielte Förderung der Sanierung von Wohnquartieren mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte im Rahmen des grünen Energiesparfonds.

### **Aufbruch in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft**

Mit dem Grünen New Deal treiben wir nicht nur die ökologische Modernisierung voran, sondern haben einen schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft im Blick. Mit Investitionen in Bildung, durch eine Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und durch einen ehrlichen sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir Arbeitsplätze, an denen sich die Qualität des sozialen Rechtsstaats bemisst: im Gesundheits- und Pflegesektor und im Bildungsbereich.

Die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistung verwischen immer stärker. Die Industriegesellschaft des vergangenen Jahrhunderts verwandelt sich auf der Basis von Wissen, Kultur und Innovation in eine Dienstleistungsökonomie mit komplexen Systemlösungen statt einfacher Massenware, auch wenn Union, SPD und Linke dies in einer strukturkonservativen Nostalgie nicht sehen wollen. Mehrwert für den Industriestandort Deutschland entsteht immer weniger durch Bohren, Fräsen oder Löten. Die Industrie konzentriert sich immer stärker auf wissensintensive Servicefunktionen wie Forschung und Entwicklung, Design, Marketing, Technologietransfer, Fertigungsplanung und Vertriebssteuerung.

Die Fähigkeit, Akteure über Internet und dank Digitalisierung schneller, billiger und weltweit zu vernetzen, Projekte und Kooperationen zu managen, gesellschaftliche und kulturelle Trends zu antizipieren, Kundenbedürfnisse zu erkennen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln wird immer wichtiger. Interdisziplinäres Querdenken entscheidet zunehmend über Erfolg und Misserfolg.

### **Solidarische Ökonomie**

Neues Wirtschaften braucht einen starken gemeinwohlorientierten, solidarischen Sektor. Soziale Unternehmen, Stadtwerke und kommunale Versorger, Bürgersolar- und -windanlagen, neue Stromnetze in Bürgerhand, genossenschaftliche Initiativen bei Produktion und Wohnen, regionale Produkt- und Angebotsreihen, Handelsnetze und bürgerschaftliches Engagement gewinnen stetig an Bedeutung. Wir wollen die Verbindung gesellschaftlicher Anliegen mit unternehmerischem Handeln unterstützen. In der Grünen Marktwirtschaft wollen wir die Solidarische Ökonomie, in der sich die Freiheit selbstbestimmten Handelns und eine Demokratisierung der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit verbindet, gezielt fördern und weiter entwickeln. Dazu gehört eine institutionelle Verankerung der Förderung der Solidarischen Ökonomie im Wirtschaftsministerium. Wir wollen die genossenschaftliche Rechtsform entbürokratisieren. Wir wollen rechtliche Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unternehmensbeteiligungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vereinfacht werden. Die Diskriminierung von Gemeinschaftsunternehmen bei der öffentlichen Beschaffung, bei Gründungs- und Förderprogrammen muss beendet werden. Insbesondere wollen wir die Förderung und Ansiedlung kleiner Unternehmen unterstützen. Kleine Unternehmen spielen eine entscheidende Rolle bei der Schaffung dezentraler und regionaler Produktions- und Verbrauchskreisläufe und binden Kapital in Deutschland.

### **Den Ostdeutschen Entwicklungsprozess voranbringen**

Die ostdeutschen Länder haben in den letzten zwanzig Jahren im Vergleich zu den westdeutschen Ländern aufgeholt, allerdings bestehen noch erhebliche Niveauunterschiede. So beträgt z.B. das Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland nur 72 Prozent des Westdeutschen. Eine vollständige Angleichung kann erst in einigen Jahrzehnten erwartet werden. Grund dafür ist eine Wirtschaftsstrukturücke. In Ostdeutschland ist eine überdurchschnittliche Spezialisierung auf arbeitsintensive Bereiche zu finden. Dagegen fehlt die Spezialisierung auf technologische Branchen. Es fehlen Sitze großer Konzerne, deren Forschungs- und Entwicklungsarbeit und Investi-

tionen in neue Produkte und Technologien. Und es fehlt die Orientierung auf die internationalen Märkte. Die Exportquote beträgt in Ostdeutschland nur ca. 20 Prozent.

Die Förderung der ostdeutschen Länder nach 2020 muss in veränderter Form und zielgenau weitergehen. Anstatt die ostdeutsche Wirtschaft über allgemeine Investitionshilfen zu fördern, sollte zukünftig die finanzielle Förderung an nachhaltige Innovationen und Technologietransfer gekoppelt werden. Hier besteht im Vergleich zu den westdeutschen Ländern großer Bedarf.

### **Mit Technik allein geht es nicht**

Die ökologische Transformation ist kein Projekt, das sich nur an die Wirtschaft richtet, sondern eines, das uns alle, die ganze Gesellschaft, angeht. Die Verkehrswende braucht mehr als das grüne Auto – sie braucht mindestens ebenso sehr Verkehrsvermeidung durch Landesentwicklungsplanung, einen attraktiven ÖPNV und die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Die Agrarwende wird nicht nur eine Stärkung des ökologischen Landbaus, sondern auch einen Wandel unseres Ernährungsstils umfassen müssen. Dazu muss unter anderem der überhöhte Fleischkonsum in den Industrie- und Schwellenländern, der neben verheerenden Klimafolgen auch zu gesundheitlichen Problemen, Naturzerstörung, Landvertreibungen und tierquälerischer Massentierhaltung führt, überwunden werden. Und ein achtsamer Umgang mit unseren endlichen Ressourcen erfordert nicht nur mehr Ressourceneffizienz in der Industrie, sondern auch einen Abschied von der Wegwerfgesellschaft. Im Kern geht es um die Frage, wie wir in Zukunft leben, konsumieren, uns fortbewegen oder uns ernähren werden.

Wir alle pflegen heute Lebensstile, die weder nachhaltig noch auf 7 oder bald 10 Milliarden Menschen übertragbar sind. Das vorherrschende Konsumverhalten, eingebunden in ein ungebremstes Wirtschaftswachstum, macht zudem die schönsten Effizienz- und Einsparwirkungen durch Rebound-Effekte wieder zunichte. Eingespartes Geld durch geringere Energiekosten wird dabei durch erhöhten Konsum an anderer Stelle und damit verbundenen Energieverbrauch nivelliert.

Neue, nachhaltige Lebensstile zu entwickeln, ist keine Aufgabe, die an die Politik delegiert werden kann – oder die sich die Politik anmaßen sollte, alleine lösen zu können. Zugleich ist es aber auch zu einfach, die Verantwortung allein jedem Einzelnen aufzuerlegen, denn all zu oft machen es strukturelle Hemmnisse nahezu unmöglich, selber nachhaltig zu leben. Wer auf dem Land ohne ÖPNV-Anbindung lebt, kann nicht einfach auf das Auto verzichten. Die Politik kann und muss deshalb diesen Prozess unterstützen – durch Verbraucherinformation und Verbraucherschutz, durch das Schaffen von Alternativen oder indem sie verhindert, dass unökologisches Verhalten auch noch belohnt wird. Aber letztlich bleibt die Aufgabe, nachhaltige Lebensstile zu entwickeln, eine gesellschaftliche, eine bürgerschaftliche Aufgabe. Denn wie wir leben, entscheiden wir selbst.

Dennoch muss die Politik wachsam sein, dass sich die globale Chancenungleichheit und die global sehr unterschiedliche Nutzung von Ressourcen nicht noch verschärfen. Außerdem muss Grüne Politik ehrlich mit der Frage umgehen, welchen Lebensstil wir uns leisten können, immer unter dem Primat der endlich verfügbaren Ressourcen. Wenn wir diese Frage bei allen Politikfeldern immer vor Augen haben, wird künftig manche Entscheidung anders ausfallen als heute.

## **II: Das Finanzcasino schließen...**

Wir brauchen die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte, um die Herausforderungen des Klimawandels oder der Bekämpfung der globalen Armut zu bewältigen. Die große Transformation der Wirtschaft erfordert hohe Investitionen, die die öffentliche Hand allein nicht tragen kann. Wir müssen mehr Kapital, das noch immer um den Globus zirkuliert, in diese gesellschaftlich sinnvollen Bereiche lenken. Grün Investieren statt spekulieren, das ist unser Ziel.

Unter den Bedingungen eines Finanzcasinos wird der ökologische Umbau nicht vorankommen. Es ist deshalb an der Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Die Reform der Finanzmärkte ist ein zentraler Baustein grüner Politik. Grüne Politik wird klare Kante gegenüber der eigennützigen und fehlgeleiteten Interessenpolitik der Finanzlobby zeigen. Gleichzeitig ist grüne Politik ein verlässlicher und offener Partner für die Menschen in Banken und Finanzindustrie, die neue Wege gehen und ihre Kreativität und Innovationskraft in den Dienst der sozial-ökologischen Transformation stellen wollen.

Wir wollen die Einführung einer europäischen Finanzumsatzsteuer, die den Finanzsektor an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt und die Spekulationen bremst. Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission einen Entwurf für eine solche Steuer vorgelegt hat. Jetzt muss diese Steuer endlich so schnell wie möglich kommen – notfalls in einem ersten Schritt nur für die Euro-Zone.

Als zentrales Problem in der Krise erweisen sich die Banken. Dass wir uns so schwer mit der Bewältigung der Krise in der Euro-Zone tun, hat auch mit der Furcht vor einer erneuten Bankenpleite zu tun. Dieses Problem betrifft vor allem die Großbanken. Sie haben eine so wichtige Stellung im Markt, dass ihre Pleite das ganze Finanzsystem mit in den Abgrund reißen könnte. Sie sind „too big to fail“ – zu groß, um Pleite gehen zu können. Ein solches Bankensystem brauchen wir nicht. Banken in solcher Größenordnung können für die Gesellschaft und damit den Staat gefährlich werden. Wir wollen Banken, die sich vor allem auf die Finanzierung einer realwirtschaftlichen, nachhaltigen Entwicklung konzentrieren. Investmentbanking und traditionelles Bankgeschäft, also Einlagen- und Kreditgeschäfte, müssen getrennt und die Regulierungsanforderungen für das Investmentbanking schärfer ausgestaltet werden. Die Konzernstruktur von Banken und andere Finanzinstitutionen müssen so organisiert sein, dass künftige Staatshilfen bei Bankschieflagen glaubhaft auf das klassische Einlagen- und Kreditgeschäft konzentriert werden können und das riskante Investmentbanking von einer staatlichen Rettung ausgegrenzt werden kann. Banken werden ihr knappes Eigenkapital nur dann wieder für echte Kredite einsetzen, wenn wir sicherstellen, dass Ersparnisse und Einlagen nicht dafür dienen riskante Spekulationsgeschäfte zu finanzieren und Spekulationsrisiken nicht mit Steuergeldern abgesichert werden. Wir wollen die Größe und Risiken, die aus ihrer Systemrelevanz entstehen, von Banken effektiv beschränken. Deshalb fordern wir nach Größe einer Bank deutlich steigende Liquiditäts- und Eigenkapitalvorschriften. Größe soll teurer werden als heute. So wollen wir bei den systemrelevanten Banken einen starken Anreiz setzen, nicht weiter zu wachsen bzw. zu schrumpfen und sich in kleinere, weniger gefährliche Einheiten zu zerlegen. Gleichzeitig schaffen wir so mehr Gerechtigkeit und Wettbewerb im Markt. Nicht-systemrelevante Wettbewerber haben Nachteile in Milliardenhöhe, wenn Banken aufgrund ihrer Systemrelevanz über milliardenschwere staatliche Bestandsgarantien verfügen. Für die Lösung der Großbankenproblematik brauchen wir zudem dringend ein funktionsfähiges Insolvenzrecht für Banken auf europäischer Ebene, das auch die Abwicklung grenzüberschreitender Banken ermöglicht. Deutschland muss in diesem Zusammenhang seinen Widerstand gegen die Verlagerung von Kompetenzen im Krisenmanagement auf die europäische Ebene aufgeben und den Weg für eine europäische Abwicklungsbehörde freimachen. Wir brauchen eine Schuldenbremse für Banken, das heißt eine ungewichtete Mindestgrenze für das Eigenkapital. Sie soll verhindern, dass Banken mit zu wenig Eigenkapital wirtschaften, um ihre Rendite zu erhöhen. Denn dadurch erhöhen sie das systemische Risiko – also die Gefahr von Finanzkrisen. Wir fordern, dass grundlegende Prinzipien einer Marktwirtschaft am Finanzmarkt wieder in Kraft gesetzt werden. Denn wo es – wie in weiten Teilen des Finanzmarkts – an Transparenz, Wettbewerb, Haftung und Fairness mangelt, wo viele Geschäfte auf Insiderhandel, Interessenkonflikten und Korruption beruhen, wo Gewinne privatisiert, Verluste und Risiken aber sozialisiert werden, kann von Marktwirtschaft keine Rede mehr sein.

So ist es unvereinbar mit der Marktwirtschaft, wenn sich – wie im Derivate- und Devisenhandel – ganze Teilmärkte in Billionenhöhe auf wenige Banken konzentrieren: Deshalb brauchen wir eine scharfe Fusions- und Wettbewerbskontrolle, die sich dem Leitbild der vollständigen Konkurrenz in allen Teilfinanzmärkten verpflichtet fühlt und die Ressourcen hat, diese auch durchzusetzen.

Wir wollen eine möglichst lückenlose Überführung des bilateralen Over The Counter-Marktes (OTC) auf regulierte Börsen- und Handelsplätze. Bei den Marktmechanismen des bilateralen Handels, die in Bereichen des Aktiengeschäfts nicht umsonst „dark pools“ heißen, bleibt echte Marktwirtschaft auf der Strecke: Der Handel unter Ausschluss eines großen Teils des Marktes ist viel zu intransparent und missbrauchsanfällig. Einen Nutzen haben davon letztlich nur die Insider, weil sie aus den resultierenden Informationsvorteilen Profit schlagen können. Anderen Marktteilnehmern fehlen hingegen die sonst verfügbaren Preis- und Handelsinformationen. In der Folge wird der Marktprozess als Ganzes behindert.

Wir fordern die wirksame Unterbindung des so genannten High Frequency Trading (HFT). Einen wichtigen Beitrag leistet dazu die Besteuerung von Finanztransaktionen. Darüber hinaus werden ordnungspolitische Maßnahmen nötig sein, beispielsweise die Einführung eines künstlichen Tempolimits, so dass nur noch jede Sekunde eine neue Order aufgegeben werden kann. Denn zum einen werden diese superschnellen Computer, die versuchen, Bruchteile von Sekunden schneller als die Konkurrenz zu handeln, oft zum unrechtmäßigen Ausspähen von Informationen der Gegenseite missbraucht werden (sog. front running) – letztlich zu Lasten von institutionellen Anlegern wie Fonds und Versicherungen, also den Anlageformen der Allgemeinheit. Zum anderen ist beim HFT kein gesellschaftlicher Nutzen erkennbar, wohl werden aber größere Volatilitäten am Finanzmarkt auch auf die High Frequency Trader zurückgeführt.

Wir fordern ein Ende der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Denn auch, wenn umstritten ist, wie stark sich die Aktivitäten der Finanzmarktakteure auf die realen Lebensmittelpreise auswirken: Das Wetten auf die Verteuerung von Nahrungsmitteln ist ethisch hoch problematisch. Agrarrohstoffe dürfen daher nicht länger eine Anlageform wie jede andere sein. Hierzu fordern wir unter anderem die möglichst vollständige Übertragung des bilateralen Derivatehandels auf geordnete Handelsplätze, das Verbot für Finanzunternehmen, in physische Rohstoffe zu investieren, strenge Berichtspflichten für Händler, Positionslimits an europäischen Warenterminbörsen, Preislimits bei großen Handelsausschlägen sowie das Verbot von sogenannten ETFs, die direkt oder indirekt in Agrarrohstoffe investieren.

Für die bisher nahezu unregulierten Exchange Traded Funds (ETFs) muss es künftig einen effektiven Regulierungsrahmen geben. Denn längst haben sich ETFs von einem transparenten, einfachen, kostengünstigen und bei privaten Kleinanlegern beliebten Nischenprodukt, das i.d.R. die Wertentwicklung eines Index abbildet, zu einem multi-milliardenschweren Markt entwickelt, in den auch mehr und mehr professionelle Investoren wie Versicherungen, Pensionsfonds und Hedge-Fonds investieren. Dabei hat in den letzten Jahren der Anteil so genannter synthetischer ETFs, bei denen die eigentlichen Basistitel des jeweiligen Index gar nicht mehr im ETF enthalten sind, sondern über komplexe Derivate (sog. Swaps) gespiegelt werden, kontinuierlich zugenommen. Für Anleger und den Finanzmarkt als Ganzes ergeben sich hieraus neue Risiken, zum Beispiel Adressausfallrisiken. Die künftige Regulierung von ETFs sollte daher den derivativen Anteil bei ETFs begrenzen. Die Wertpapierleihe, also dass die ETF-Investmentgesellschaften die für den Anleger gekauften Titel an Dritte weiterverleiht, um zusätzliche Erträge zu generieren, muss beschränkt werden. Ziel der Regulierung muss es sein, bestehende systemische Risiken, die von den ETFs ausgehen, wirksam einzudämmen.

### **...den ökologischen Umbau finanzieren**

Investitionen fließen üblicher Weise dorthin, wo (hohe) Profite zu erwarten sind. Durch einen fehlenden politischen Rahmen, der Klima- und Umwelterstörung den Verursachern aufbürdet, sind Investments in nicht-nachhaltigen Bereichen oft profitabler als nachhaltige Investments. So finden sich problemlos 100 Milliarden US-Dollar, um den kanadischen Ölsand zu erschließen. Investitionen in rentable Effizienzmaßnahmen scheitern dagegen am nötigen Bankkredit.

Dieser Trend wird durch falsche Subventionen – noch immer geben die Staaten der Welt 500 Mrd. \$ für umweltschädliche Subventionen aus – noch verstärkt.

Investitionen in die große Transformation bleiben jedoch nicht nur wegen des fehlenden Rahmens auf der Makroebene aus. Nachhaltige Investitionen bringen aus Sicht der Investoren weitere Risiken und Probleme mit sich. Im Kern geht es um die Frage, wie hoch die (Investitions-)Risiken der ökologischen Transformation sind und wer sie trägt. Deshalb brauchen wir eine Finanzierungsstrategie und –planung.

Dabei können die öffentlichen Investitions- und Förderbanken wie die Europäische Investitionsbank, landeseigene Investitionsbanken oder die KfW eine wichtige Rolle spielen. Sie können sich dank staatlicher Garantie günstig am privaten Kapitalmarkt refinanzieren. Diese Banken müssen noch mehr zu grünen Banken werden und eine Schlüsselrolle bei der ökologischen Transformation einnehmen. Zudem muss die Politik versuchen, Risiken für Investitionen in den ökologischen Wandel zu reduzieren. Neben ordnungspolitischen Maßnahmen braucht es neue Finanzprodukte, die den spezifischen Investitionsrisiken der ökologischen Transformation angepasst sind. Hier sind zuerst die privaten Akteure gefordert. Notwendig könnten aber auch Garantien und Hilfen durch den Staat sein. Auf europäischer Ebene unterstützen wir Grüne den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung von project bonds – wir wollen dieses Instrument vor allem zur Finanzierung von Projekten des ökologischen Umbaus (z.B. Ausbau transeuropäischer Netze) nutzen.

Essentiell für grüne Investitionen in den Unternehmen sind gute Finanzierungsbedingungen. Wir brauchen die Banken in ihrer eigentlichen Funktion, der Finanzierung von Realinvestitionen, bei der Realisierung von grünen Investitionsvorhaben. Die Finanzmarktregulierung darf nicht dazu führen, dass nur noch Großbanken den Anforderungen gerecht werden können und Sparkassen und Genossenschaftsbanken als traditionelle Mittelstandsfinanzierer überlastet werden.

Wir brauchen zudem eine Rückbesinnung auf langfristige Unternehmensentwicklung. Solange der Wahn nach kurzfristigen, hohen Rendite dominiert, kommen langfristig nachhaltige Investitionen in Klimaschutz und nachhaltige Produktionsweisen zu kurz. Verantwortungsvolles Investment sieht anders aus. Es nimmt ökologische, soziale und ethische Aspekte der Anlageentscheidung in den Blick. Informationspflichten für Vermögensverwalter und Unternehmen sollen die Anleger in die Lage versetzen, ihr Investment an sozialen, ethischen und ökologischen Kriterien auszurichten. Öffentliche Gelder beispielsweise als Rückstellungen der gesetzlichen Rentenversicherungen, Gelder der Bundesagentur für Arbeit oder Pensionsfonds im öffentlichen Eigentum, sollen nur nach festgelegten Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden dürfen.

### **III. Gerecht umbauen**

Die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland wächst seit Jahrzehnten ununterbrochen. Die weltweite Finanzkrise hat diese Entwicklung noch einmal verschärft: Während die temporären Verluste der Wohlhabenden längst überkompensiert sind, tragen die Bezieher kleiner und mittlerer Einkünfte die Hauptlast der Krise. Die wachsende Un-



gleichverteilung der Einkommen und Vermögen ist auch ein ökonomisches Problem. Sie ist die tiefere Ursache für unser schuldenbasiertes Wirtschaftsmodell.

Darüber hinaus gefährdet die wachsende Ungleichverteilung auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit dem Grünen New Deal kämpfen wir deshalb für einen „neuen sozialen Ausgleich“ in der Gesellschaft, der Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit anstrebt und der die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten verringert.

Dazu braucht es eine Reform der Verteilungssysteme, umfangreiche Bildungsinvestitionen und tiefgreifende Reformen unserer Wirtschaftspolitik. Die Verteilungswirkungen einer Marktordnung, in der wenige große Konzerne immer mehr die Marschroute vorgeben, kann auch das beste Sozialsystem nicht auffangen. Denn Realität ist, dass die Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen gestiegen sind, die Reallöhne hingegen stagnierten. Wir wollen die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und die Chance jedes einzelnen auf Teilhabe. Natürlich stehen wir Grünen zur Sozialpartnerschaft. Wir müssen aber feststellen, dass die Tarifautonomie nicht mehr in allen Branchen funktioniert. Sie muss politisch gestärkt und gestützt werden. Wir brauchen soziale Leitplanken, damit sich Tariffucht nicht mehr lohnt, der Niedriglohnssektor begrenzt und die Beschäftigten an den Wohlstandsgewinnen angemessen beteiligt werden. Deshalb wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro als absolute Lohnuntergrenze einführen. Der Mindestlohn soll von einer Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild festgesetzt und regelmäßig angepasst werden. Darüber hinaus wollen wir weitere branchenspezifische Mindestlöhne und mehr allgemein verbindlich erklärte Tariflöhne, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Der Wettbewerb um die niedrigsten Löhne muss gestoppt werden. Arbeit muss wertgeschätzt werden und Beschäftigte sollen von ihrem Lohn auch leben können.

Zur Begrenzung des Niedriglohnssektors und des Lohndrucks ist auch eine weitere Regulierung der Leiharbeitsbranche unerlässlich. Wir wollen dafür sorgen, dass Leiharbeit nur noch zur Abfederung von Auftragsspitzen und kurzfristigen personellen Engpässen eingesetzt wird. Dazu streben wir eine uneingeschränkte Geltung des Prinzips "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" und eine Flexibilitätsprämie in Höhe von zehn Prozent des Bruttolohns an. Das reicht aber nicht aus, denn mittlerweile werden die gesetzlichen Regelungen in der Leiharbeit schon mit Hilfe von Werkverträgen umgangen. Deshalb fordern wir klare Kriterien zur Abgrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen, um diese neue Form des Lohndumpings zu stoppen.

Mit großer Sorge sehen wir auch, dass die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und der Minijobs in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Dieser Trend muss gestoppt werden. Wir wollen die Befristungsmöglichkeiten reduzieren und die Minijobs reformieren. Die Menschen brauchen faire Löhne und auch soziale Sicherheit. Dies ist Grundvoraussetzung für eine individuelle Familien- und Lebensplanung. Wir Grüne wollen prekäre Beschäftigung zurück drängen und reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken.

Gute Arbeit bedeutet aber nicht nur angemessene Löhne und Sicherheit. Wir wollen auch das über Jahrzehnte gewachsene Recht auf Mitbestimmung bewahren und ausbauen. Wir stellen uns auch gegen jegliche Angriffe auf den Kündigungsschutz. Ein Beschäftigtendatenschutz, der seinen Namen verdient, ist uns ein besonderes Anliegen und ebenso die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern. Vor allem aber müssen in nahezu allen Branchen die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Die physischen und insbesondere psychischen Belastungen am Arbeitsplatz müssen deutlich reduziert werden, denn nur mit altersgerechten Arbeitsbedingungen können die Beschäftigten bis zum Rentenalter arbeiten.

Uns ist nicht egal, was und wie produziert wird – weder in sozialer noch in ökologischer Hinsicht. Der sozial-ökologische Umbau kann nur mit hoch motivierten und gut qualifizierten Be-

schäftigten gelingen. Gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften wollen wir gute Arbeit schaffen, Arbeit, die nicht krank macht, die den Menschen Zufriedenheit gibt und sie anspornt, die ihnen Raum lässt für Familie, Privatleben, Weiterbildung oder freiwilliges Engagement und sie angemessen entlohnt. Sogenannte „blue-green alliances“, also strategische Bündnisse zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden, wie sie bereits in Nordamerika existieren, könnten in diesem Prozess auch in Europa eine zukunftsweisende Rolle einnehmen. Gute Arbeit umfasst viele Maßnahmen: mehr Weiterbildung im Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle, zum Beispiel durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf oder Beteiligungen am Unternehmensgewinn.

Doch es geht nicht alleine um eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Wer Deutschlands Zukunft sichern will – ökonomisch, wie sozial – der muss die Teilhabechancen aller sichern. Angesichts des demographischen Wandels können wir auf niemanden verzichten – auf diejenigen Kinder nicht, die derzeit in unserem Bildungssystem keine Chance bekommen, auf die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht, die nach wie vor überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, auf Frauen nicht, deren gleichberechtigte Teilhabe an Einkommen und Chancen noch lange nicht durchgesetzt ist. Wir setzen uns in einem ersten Schritt für eine verbindliche Frauenquote von mindestens 40% und perspektivisch 50% in den Aufsichtsräten und Vorständen der großen Unternehmen ein. Wir wollen bessere Chancen für Migrantinnen und Migranten, flexible Arbeitszeitmodelle, die allen Lebensphasen gerecht werden und gute Aus- und Weiterbildung.

Und es geht darum auf soziale Härten des Umbaus zu reagieren. Wenn wir Grüne sagen, dass z.B. die Energiepreise die ökologische Wahrheit sagen sollen, dann heißt das die Preise eher weiter steigen werden. Uns geht es dabei um faire Energiepreise, nicht um überhöhte Preise durch Abzocke, Monopolstrukturen und Spekulation. Steigende Energiepreise sind aber für viele Menschen eine soziale Herausforderung, manchmal sogar eine Überforderung. Unsere Grüne Antwort auf steigende Energiepreise lautet Energieeffizienz und Wettbewerb der Anbieter, nicht Subventionierung des Energieverbrauchs.

Wenn Energiepreise steigen, Energie und Mobilität nicht zum Luxus werden sollen, der für beträchtliche Teile der Gesellschaft unerschwinglich wird, muss die Einkommens- und Vermögensverteilung insgesamt gerechter werden. Deshalb gehört zum Green New Deal neben der ökologischen Modernisierung zwingend auch die soziale Dimension. Das betrifft staatliche Transfers (insbes. Hartz-Regelsätze), die Stärkung öffentlicher Institutionen, Mindestlöhne, aber auch das Steuersystem oder die Arbeitsmarktpolitik. Es geht aber auch um zielgenaue Unterstützung der Haushalte, die sich keine energetische Sanierung leisten können. Dazu wollen wir einen Energiesparfonds auflegen, der die energetische Sanierung in Stadtteilen mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte unterstützt, Stromsparchecks für einkommensschwache Haushalte anbietet, mit einem Klimawohngeld Zuschüsse für Wohngeldbezieher bei energetischer Sanierung des Wohnraums geben und sozial-ökologische Stromtarife für Energieversorger verpflichtend machen.

Bei allem Bemühen um eine gerechte Verteilung von Wohlstand und Vermögen in Deutschland, müssen wir in einer global vernetzten Welt unser Handeln darauf ausrichten, dass wir im Sinne einer globalen Gerechtigkeit so agieren, dass sich international die Lebensverhältnisse angleichen und nicht noch krasser auseinander driften.

Vor uns steht eine gewaltige Aufgabe, die mit jeder weiteren Verzögerung nicht einfacher wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN laden alle ein, mit uns gemeinsam diese Herausforderung anzunehmen und unsere Wirtschaft sozial und ökologisch umzubauen.